

# Eine richtungsweisende Klima- und Energiestrategie für Österreich



## Inhaltsverzeichnis

1 Hintergrund.....	1
2 Handlungsleitlinien.....	3
3 Ziele und Verbindlichkeit.....	4
4 Saubere und leistbare Mobilität für alle.....	5
5 Modernisierung des Gebäudebestands.....	6
6 Ausbau erneuerbarer Energie und Kohleausstieg bis 2020.....	7
7 Optimierung des Steuersystems für Investitionen in die Energiewende.....	8
8 Energie sparsam einsetzen.....	9
9 Energiewende-Roadmaps für Industrie und Gewerbe.....	9

## 1 Hintergrund

Die Ausarbeitung einer Klima- und Energiestrategie bietet die große Chance einen grundlegenden Neustart vorzunehmen. Dabei gilt es einen Paradigmenwechsel zu vollziehen. Es geht nicht um kleine Veränderungen in wenigen Bereichen, **es geht um eine grundlegende Transformation der Energieversorgung, der Mobilität, der Industrieproduktion, der Landwirtschaft und der Art Raumwärme herzustellen.** Alle Teile der Gesellschaft von den einzelnen BürgerInnen bis zu den Unternehmen sind Teil dieses bereits einsetzenden Wandels und sollen befähigt werden diesen aktiv mitzugestalten.

Eine solide Klima- und Energiestrategie bietet einen starken Rahmen für Bevölkerung und Unternehmen, um die richtigen Investitionen zu tätigen und Kaufentscheidungen entsprechend auszurichten. So kann es nicht nur gelingen unsere Gesellschaft ökologischer zu machen, sondern wir machen uns damit auch unabhängig von Energieimporten und stärken

regionale Wirtschaftskreisläufe. Die Ausarbeitung einer Klima- und Energiestrategie, die diesen Maßstäben gerecht wird, ist längst überfällig. Auch **im Pariser Klimaschutzabkommen ist festgehalten, dass alle Vertragsparteien Klimaschutzstrategien ausarbeiten sollen, die den langfristigen Zielsetzungen des Abkommens Rechnung tragen.**<sup>1</sup> In einer separaten Entscheidung wurde festgehalten, dass diese Strategien einen Zeithorizont bis Mitte des Jahrhunderts aufweisen sollen.<sup>2</sup> Die kommende Klima- und Energiestrategie braucht also einen **Zeithorizont bis 2050 und muss in der Ambition den Pariser Klimazielen gerecht werden.** Eine vollständige Dekarbonisierung bis 2050 ist auch im aktuellen Regierungsübereinkommen festgehalten. Eine Klima- und Energiestrategie muss konkrete Wege und Pfade definieren, wie diese Ziele erreicht werden sollen, Maßnahmen zur Umsetzung beinhalten und die Zuordnung von Verantwortlichkeiten vornehmen.

### Nur noch begrenztes CO<sub>2</sub>-Budget vorhanden

Die Ziele des Pariser Klimaschutzabkommens sehen vor, die Temperatur bei deutlich unter 2 °C einzudämmen und Anstrengungen zu unternehmen sie auf 1,5°C zu begrenzen. Dafür haben wir nur noch ein begrenztes CO<sub>2</sub>-Budget zur Verfügung. Eine Studie des Wegener Center der Uni Graz hat berechnet, wieviel von dem noch vorhandenen, globalen CO<sub>2</sub>-Budget Österreich unter Berücksichtigung von Fairnessüberlegungen noch zusteht. **Zwischen 2017 und 2050 dürfen demnach noch 1.000 bis 1.500 Mio. Tonnen CO<sub>2</sub> emittiert werden.** Bei Beibehaltung des hohen derzeitigen Emissionsniveaus wäre dieses Budget in weniger als 20 Jahren vollständig verbraucht. **Die Klima- und Energiestrategie braucht also nicht nur Zielwerte für 2030 und 2050, sondern Dekarbonisierungspfade für alle Sektoren, die mit unserem CO<sub>2</sub>-Budget kompatibel sind.** Abbildung 1 zeigt einen Transformationspfad, der mit unserem CO<sub>2</sub>-Budget verantwortbar ist.

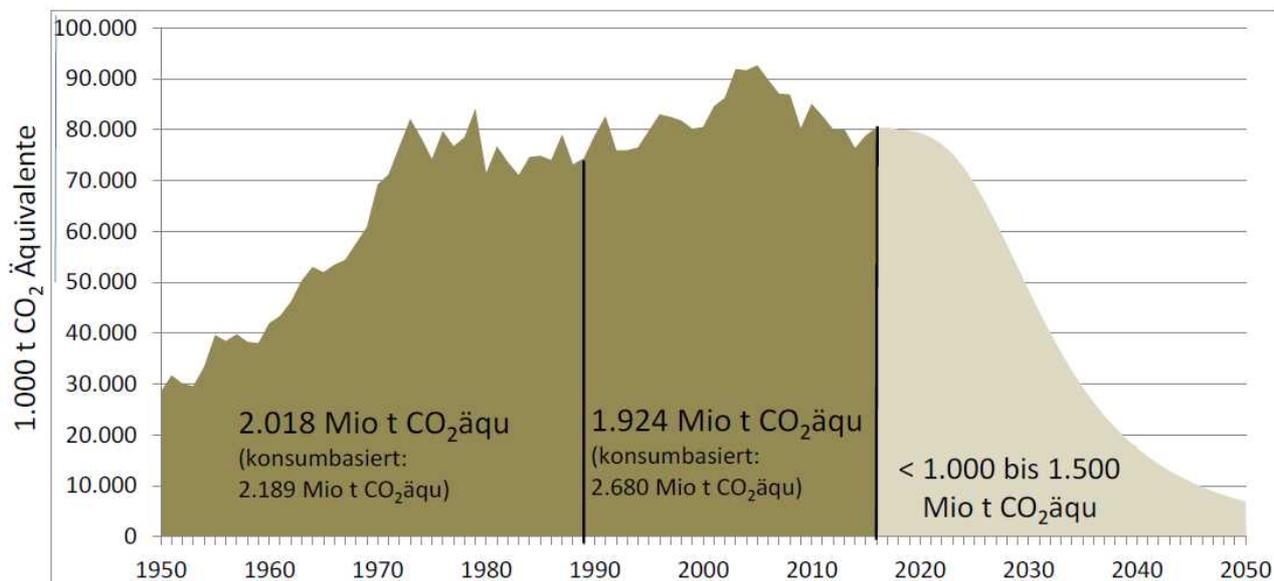


Abbildung 1: CO<sub>2</sub>-Budget Österreichs (Quelle: Steininger/Meyer (2017): Das Treibhausgas-Budget für Österreich)

<sup>1</sup> Vgl. Article 4, 19 „long-term low greenhouse gas emission development strategies“

<sup>2</sup> Vgl. UNFCCC, Decision 1/CP.21, „Decision to give effect of the Agreement“, para 35.

## **Ambitionierte Klimapolitik ist gut für die wirtschaftliche Entwicklung**

Österreich kann durch diese Transformation viel gewinnen. **Zwei Drittel der in Österreich verbrauchten Energie müssen importiert werden.** Die Auslandsabhängigkeit ist damit deutlich über dem EU-Schnitt von 53 Prozent. **Rund zehn Milliarden Euro werden jedes Jahr netto für Energieimporte ausgegeben.**<sup>3</sup> Mit einem Ausstieg aus fossiler Energie könnte dieser auch im EU-Vergleich hohe Devisenabfluss gestoppt werden. Die Finanzmittel würden in der österreichischen Wirtschaft zirkulieren und diese beleben. Das wiederum schafft regionale Wertschöpfung und Arbeitsplätze. Allein der Ausbau erneuerbarer Energie seit dem Jahr 2000 zeigt nach einer volkswirtschaftlichen Analyse eine **Erhöhung des Bruttoinlandsproduktes um 1,65 Mrd. Euro.**<sup>4</sup> Eine **ambitionierte Klima- und Energiepolitik ist gut für die wirtschaftliche Entwicklung des Landes.**

## **Hoher sozialer Nutzen durch ambitionierte Klimapolitik**

Derzeit sind rund **61.000 Personen in Österreich im Bereich erneuerbarer Energien**, dem Bau von Niedrigstenergiehäusern oder der energetischen Gebäudesanierung beschäftigt. **25.500 Personen sind im öffentlichen Verkehr** beschäftigt.<sup>5</sup> Im Masterplan Green Jobs des Umweltministeriums wurde vor einigen Jahren das Ziel ausgegeben 100.000 neue Arbeitsplätze im Umweltbereich zu schaffen. Ein großer Teil davon hängt davon ab, ob Klimaschutz und die Energiewende ernsthaft angegangen werden. Von den 100.000 Arbeitsplätzen sollten 35.000 Arbeitsplätze durch thermisch-energetische Sanierung und Heizungsumstellung geschaffen werden, 15.000 neue Arbeitsplätze durch den Ausbau des öffentlichen Verkehrs und 20.000 neue Arbeitsplätze durch den Ausbau erneuerbarer Energie. Eine ambitionierte Energie- und Klimastrategie hilft uns Menschen eine sinnstiftende Tätigkeit zu ermöglichen. **Ambitionierte Klimapolitik bringt unserer Gesellschaft also auch hohen sozialen Nutzen.**

## **Verlässlicher Rahmen für Transformation erforderlich**

**315 Unternehmen** mit einem Umsatz von 47 Milliarden Euro und mehr als 280.000 MitarbeiterInnen haben sich im November 2017 auf Initiative von GLOBAL 2000 und WWF in einem **Appell für Klimaschutz und die Energiewende** an die österreichische Bundesregierung gewandt und sie aufgefordert Klimaschutz zu einem zentralen Projekt der kommenden Regierung zu machen.<sup>6</sup> Das zeigt, dass das Bewusstsein für die Wichtigkeit dieser Transformation bei zentralen Wirtschaftsakteuren steigt. **Sowohl Bevölkerung als auch Unternehmen brauchen aber einen langfristig verlässlichen Rahmen um ihre Investitionen und Kaufentscheidungen auszurichten.**

## **2 Handlungsleitlinien**

Folgende Prinzipien sollen bei der Ausarbeitung der Strategie beachtet werden:

- **Nullemissionstechnologien in allen Bereichen zum Standard** machen. So gilt es im Gebäudebereich den Ausstieg aus fossilen Heizsystemen voranzutreiben, im Mobilitätsbereich den Weg zu 100 % emissionsfreien Fahrzeugen zu beschreiten und

3 Vgl. BMWF (2016): Energiestatus 2016, S. 11

4 Vgl. Raphael Bointner et al. (2013): "Wirtschaftskraft Erneuerbarer Energie in Österreich und Erneuerbare Energie in Zahlen" Blue Globe Report, Klimafonds

5 Vgl. Statistik Austria (2017): Umweltorientierte Produktion und Dienstleistung – EGSS bis 2008: Leistungen der Öko Industrien, Stand 30.11.2017

6 Vgl. <https://www.global2000.at/klimaschutzappell>

- im Elektrizitätsbereich den Weg zu 100 % grünem Strom zu verwirklichen.
- **Neuausrichtung von steuerlichen Anreizen und Kostenwahrheit.** Umweltkontraproduktive Subventionen müssen abgebaut werden (laut WIFO 3,8 bis 4,7 Mrd. Euro pro Jahr) und stattdessen Anreize für klimafreundliche Investitionen gesetzt werden. Weiters gibt es derzeit das Problem, dass Schäden, die durch die Verbrennung von fossiler Energie (Klimafolgen, Gesundheitsschäden) entstehen, derzeit nicht eingepreist sind, was eine Schieflage am Markt verursacht und den notwendigen Wandel hemmt. Eine Internalisierung externer Kosten ist daher eine wichtige Voraussetzung für eine erfolgreiche Transformation unseres Energiesystems.
  - **Technologieführerschaft österreichischer Unternehmen unterstützen.** In vielen energierelevanten Bereichen haben Österreichs Unternehmen Weltrang erworben. Kontraproduktive Marktbedingungen (zB fehlende Kostenwahrheit) erschweren aber eine gute Weiterentwicklung. Steigende Budgets für Energieforschung und innovationsfreundliche Rahmenbedingungen können wiederum die Grundlage schaffen, um Österreichs Unternehmen ins weltweite Spitzenfeld zu führen. Die Energietransformation bedeutet auch einen wirtschaftlichen Strukturwandel. Je länger dieser hinausgezögert wird, desto höher sind Kosten und Risiken.
  - **Kulturwandel hin zu einem rücksichtsvollen Umgang mit Ressourcen.** Es geht nicht nur um einen Technologieswitch im Energiesystem, es braucht einen tiefgreifenden Kulturwandel in unserer Gesellschaft. Eine Weiterentwicklung des Wirtschaftssystems, eine Neugestaltung des Bildungssystems und die Verankerung dieser Transformation in allen politischen Entscheidungsprozessen als Querschnittsmaterie bilden die Grundlage dafür.
  - **Verantwortung und Solidarität als Leitlinie.** Vor allem wir in Europa und im Westen leben in einer Zeit von beispiellosem Wohlstand, der noch immer zum Großteil auf der Verbrennung fossiler Energie beruht. Andere Teile der Welt, vor allem arme Entwicklungsländer, erleben hingegen bereits jetzt die zerstörerischen Folgen der Klimaveränderung, obwohl sie fast nichts zum Problem beigetragen haben. Es ist daher unsere Verantwortung bei der weltweiten Lösung des Problems voranzugehen und es ist unsere Aufgabe diesen Menschen, die fast nichts zum Problem beigetragen haben, zu helfen. Das kann zum Beispiel durch adäquate Beiträge in der internationalen Klimafinanzierung, technologische Unterstützung und Katastrophenhilfe geschehen. Auch in Österreich sind finanziell schlechtergestellte Personen stärker von den Folgen der Klimaveränderung betroffen oder können sich schlechter auf Veränderungen wie Hitzeextreme, Hochwasser oder Murenabgänge vorbereiten. Umfassende Verantwortung soll daher eine Leitlinie und Handlungsmaxime der österreichischen Klima- und Energiepolitik darstellen.

### 3 Ziele und Verbindlichkeit

Per Definition beschreibt eine Strategie den Weg zu einem Ziel. Es ist wichtig, diese Zielsetzungen sorgsam auszuwählen. Sie müssen einerseits sicherstellen, dass die von der EU geforderten Mindestziele eingehalten werden, sollen darüber hinaus aber einen gesamthaften koordinierten Weg aus dem fossilen Energiesystem weisen, der im Einklang mit unserem CO<sub>2</sub>-Budget steht.

Es ist offensichtlich, dass dafür eine Berücksichtigung des EU-Mindestziels für den Nicht-Emissionshandelsbereich von -36 % THG gegenüber 2005 für Österreich nicht ausreicht.

Dieses Ziel umfasst die Bereiche Mobilität, Gebäude, Landwirtschaft, Abfallwirtschaft und Fluorierte Gase und lässt damit wesentliche Bereiche wie die Energieversorgung und die Industrie außen vor. Diese unterliegen dem Europäischen Emissionshandel (ETS) und sind nicht Gegenstand der EU-Mindestziele, die für Nationalstaaten verbindlich sind. Diese zwei Bereiche sind aber für 45 Prozent der österreichischen Treibhausgasemissionen verantwortlich. Eine Klima- und Energiestrategie, die diese Bereiche nicht beachtet, wäre bloßes Stückwerk.

In der **Studie „Energie- und Klimazukunft Österreich. Szenario für 2030 und 2050“**<sup>7</sup> wird ein gangbarer Weg beschrieben, der für Österreich ambitioniert, aber erreichbar ist und mit unserem CO<sub>2</sub>-Budget verantwortbar. Mit diesem Weg sind folgende Zielsetzungen verbunden:

- **Verringerung der Treibhausgasemissionen um 50 Prozent bis 2030**
- **Senkung des Endenergieverbrauchs um 30 Prozent bis 2030**
- **Erhöhung des Anteils erneuerbarer Energie auf 60 Prozent bis 2030**
  
- **Senkung der Treibhausgasemissionen um mindestens 90 Prozent bis 2050**
- **Senkung des Endenergieverbrauchs um 50 Prozent bis 2050**
- **Erhöhung des Anteils erneuerbarer Energie auf nahezu 100 Prozent bis 2050**

Neben den Zielsetzungen braucht eine **Strategie einen formalen Rahmen**, damit sie wirksam umgesetzt werden kann. Dafür braucht es

- **Verbindlichkeit der Klima- und Energiestrategie** und gesetzliche Verankerung (zB im Klimaschutzgesetz)
- Detaillierte Beschreibung der zu setzenden **Maßnahmen und Finanzierung**
- **Die enthaltenen Maßnahmen müssen nachweislich die Erreichung der Ziele sicherstellen**
- **Klare Zuordnung der Verantwortlichkeit** (Ministerien, Länder)
- **Zeitplan zur Umsetzung**
- **Jährliches Monitoring und Nachschärfungen**

## 4 Saubere und leistbare Mobilität für alle

Der Verkehr ist für 35 Prozent des Energieverbrauchs verantwortlich und der Sektor, wo wir am stärksten von unseren Klimazielen entfernt sind. Seit 1990 sind die Treibhausgasemissionen im Verkehrsbereich um 66,7 Prozent gestiegen.<sup>8</sup> Staus, Lärmentwicklung und gesundheitsschädliche Luftschadstoffe werden zunehmend zur Belastung für die österreichische Bevölkerung. Es braucht daher dringend ein **Paket für saubere Mobilität**. Dieses soll folgende Maßnahmen umfassen:

- Starker Ausbau des **öffentlichen Verkehrs** in Österreich und Elektrifizierung. Auf vielen Regionalstrecken werden noch Diesel-Loks betrieben.
- **Attraktivierung der Bahnverbindungen in Nachbarländer** um eine Verlagerung des Flugverkehrs auf die Bahn zu erreichen.
- **Infrastrukturoffensive für den Radverkehr** und Schaffung eines Fonds mit

<sup>7</sup> Vgl. Andreas Veigl (2017): Energie- und Klimazukunft Österreich. Szenario für 2030 und 2050

<sup>8</sup> Vgl. Umweltbundesamt (2018): Treibhausgas-Bilanz 2016

- mindestens 100 Mio. Euro jährlich für die Realisierung von Radweg-Projekten.
- Ausbau der **Lade-Infrastruktur für E-Mobilität**, ab 2020 flächendeckende Versorgung im gesamten Bundesgebiet sicherstellen.
- Kaufanreize für emissionsfreie Fahrzeuge über stärkere **Spreizung der NoVA** nach CO<sub>2</sub>-Ausstoß schaffen und damit einen budgetneutralen Ansatz verfolgen.
- Ab 2025 keine reinen Benzin- und Dieselfahrzeuge mehr in der Neuzulassung, ab spätestens **2030 100 Prozent emissionsfreie Fahrzeuge** in der Neuzulassung.
- **Vorbildwirkung der öffentlichen Hand** durch Beschaffung von emissionsfreien Fahrzeugen und Nutzung des öffentlichen Verkehrs
- **Verlagerung vom Güterverkehr auf die Schiene** durch Anschlussbahnförderung und Herstellung von Kostenwahrheit im Verkehr
- Wegfall der Verpflichtung zur Errichtung einer Mindestzahl von teuren PKW-**Stellplätzen in den Bauordnungen** und damit Entlastung der Wohnbaubudgets
- **Stopp der Zersiedelung** durch vorausschauende, ressourcenschonende Raumplanung und Ausrichtung von Betriebsansiedelungen nach ökologischen Kriterien.
- **Temporeduktionen** auf Autobahnen und Freilandstraßen auf 100/80 km/h<sup>9</sup> um gesundheitsschädliche Luftschadstoffe zu senken, den Lärm zu verringern und die Treibhausgasemissionen zu senken. Eine Ausweitung des Tempolimits auf 140 km/h wird abgelehnt, damit würden die CO<sub>2</sub>-Emissionen um über zehn Prozent steigen und auch Lärm und andere Luftschadstoffe zunehmen.<sup>10</sup>
- **Absage an kontraproduktive Infrastrukturprojekte** wie Dritte Piste oder Lobau-Autobahn und stattdessen Entwicklung einer Positiv-Vision für eine nachhaltige Mobilitätszukunft in Österreich.

## 5 Modernisierung des Gebäudebestands

Österreichische Unternehmen sind in vielen Bereichen weltweit führend bei innovativen Gebäudetechnologien und zukunftsweisender Architektur. Diese Unternehmen brauchen einen starken Heimmarkt. Weiters bilden Nullemissionstechnologien eine große Chance für die Bevölkerung in Österreich und können neben der Verringerung der Energiekosten den Wohnkomfort erheblich steigern. Sieben von neun BürgerInnen können dann zu „EnergiebürgerInnen“ werden und sich weitgehend unabhängig von Energielieferungen machen.<sup>11</sup> Für diese positive Zukunftsvision müssen wir jedoch viel mehr tun.

Die Bereitstellung von Raumwärme ist für 27 Prozent des gesamten Energieverbrauchs in

---

9 Tempo 80 bewirkt eine Reduktion der Stickoxide um 15 Prozent und um 5 Prozent weniger Kraftstoffverbrauch, bei leichten Nutzfahrzeugen beträgt der Rückgang der Stickoxidemissionen sogar 40 Prozent. vgl.: UBA (2015): Tempo 80 auf Freilandstraßen. Mehr Verkehrssicherheit weniger Umweltbelastung [http://www.umweltbundesamt.at/aktuell/presse/lastnews/news2015/news\\_151123\\_2/?MP=28142-27416](http://www.umweltbundesamt.at/aktuell/presse/lastnews/news2015/news_151123_2/?MP=28142-27416)  
Tempo 100 bewirkt eine Reduktion der Stickoxidemissionen um 20 Prozent der Feinstaubemissionen um 11 Prozent und der CO<sub>2</sub>-Emissionen um etwa 10 Prozent  
[http://www.umweltbundesamt.at/umweltsituation/verkehr/auswirkungen\\_verkehr/verk\\_schadstoffe/faq\\_tempolimits/](http://www.umweltbundesamt.at/umweltsituation/verkehr/auswirkungen_verkehr/verk_schadstoffe/faq_tempolimits/)

10 Vgl. Umweltbundesamt (2018): Höhere Geschwindigkeit führt zu höherer Umweltbelastung. <http://www.umweltbundesamt.at/umweltsituation/verkehr/fahrzeugtechnik/pkw/tempo/>

11 CE Delft (2016) The potencial of energy citizens in the EU

Österreich verantwortlich.<sup>12</sup> Bei einer gesamthaften thermischen Sanierung des derzeitigen Gebäudebestandes ist mehr als eine Halbierung des Energieverbrauchs machbar. Derzeit stocken viele positive Entwicklungen aber: Die derzeitige jährliche Sanierungsrate liegt bei umfassenden Sanierungen nur bei 0,6 Prozent und nicht bei den notwendigen drei Prozent am Gebäudebestand. Weiters bremst sich die Umstellung fossiler Heizsysteme mehr und mehr ein. So sind die Neuinstallationen von Pellets-Kesseln, die sehr oft veraltete Ölkessel ersetzen, gegenüber dem Höchststand von 2012 um 60,8 Prozent gesunken.<sup>13</sup> Etwa 613.000 Ölheizungen sind in Österreich immer noch in Betrieb, ein Großteil davon veraltet.<sup>14</sup> Um diese Situation wieder auf Vordermann zu bringen, braucht es entschlossene Maßnahmen.

- **Ausstieg aus fossiler Energie beim Heizen.** Der im Regierungsprogramm angekündigte **Ausstieg aus Ölheizungen** muss in der Klima- und Energiestrategie mit wirksamen Maßnahmen hinterlegt werden (z.B. Klare rechtliche Regelung in der Bauordnung, Festlegung von CO<sub>2</sub>-Grenzwerten für den Betrieb von Heizanlagen, CO<sub>2</sub>-Abgabe beim Neukauf von fossilen Heizsystemen, kombiniert mit Anreizsystemen zum Umstieg auf alternative Heizsysteme, wie vergünstigte Kredite und Zuschüsse).
- Gleichzeitig muss sichergestellt werden, dass **Gasheizungen im Neubau nicht mehr eingebaut werden**, da dies einen langfristigen Technologie-Lock-In in das fossile Energiesystem bedeutet.
- **Thermische Sanierung forcieren:** Der Sanierungsscheck soll zu einem echten Instrument der Energiewende ausgebaut werden. Dafür braucht es eine Aufstockung auf etwa 300 Mio. Euro und ergänzend dazu vergünstigte Kreditfinanzierungsmodelle für Personen mit wenig Eigenkapital.
- **Fernwärme auf erneuerbare Energie umstellen.** Fernwärme wird immer wichtiger, seit 1990 ist der Einsatz um rund 190 Prozent gestiegen.<sup>15</sup> Derzeit liegt der Anteil erneuerbarer Energie bei etwa 45 Prozent, das heißt mehr als die Hälfte der Fernwärmeproduktion in Österreich erfolgt noch durch fossile Energie.<sup>16</sup> Da die Investitionen in diesem Bereich sehr langlebig sind, sollen im Rahmen der Klima- und Energiestrategie Dekarbonisierungspläne für die Fernwärme gemeinsam mit den Energieversorgungsunternehmen entwickelt werden.
- Auf **innovative Gebäudekonzepte** setzen. Gebäude sind unsere Kraftwerke der Zukunft, österreichische Unternehmen sind vielfach führend bei der Entwicklung von innovativen Gebäudetechnologien. Nullemissionstechnologien müssen auch hier zum Standard werden. Für innovative Gebäudekonzepte wie Plusenergiehäuser braucht es deshalb **Anreize in den Bauordnungen und Wohnbauförderungen der Länder.**

## 6 Ausbau erneuerbarer Energie und Kohleausstieg bis 2020

Der Ausbau erneuerbarer Energie ist das „Rückgrat“ der Energiewende. Die Umweltbilanz vieler elektrischer Anwendungen wie zum Beispiel E-Mobilität oder Wärmepumpe hängt unmittelbar mit der eingesetzten Energie zusammen. Erneuerbare Energie hat in Österreich

---

12 Vgl. Statistik Austria (2016): Gesamtenergiebilanz

13 Vgl. Umweltbundesamt (2017): Klimaschutzbericht 2017, S. 109ff

14 Vgl. Statistik Austria (2017): Heizungen 2003 bis 2016 nach Bundesländern

15 Vgl. Umweltbundesamt (2017): Klimaschutzbericht 2017, S. 111

16 Vgl. BMWFW (2016): Energiestatus 2016, S. 69

einen Anteil von 33,5 Prozent, an der Stromerzeugung von 71,7 Prozent.<sup>17</sup> Allerdings importiert Österreich seit dem Jahr 2000 Strom in großen Mengen, 2016 waren es 7.159 GWh, das entspricht rund 10 Prozent des Inlandsstromverbrauchs (inkl. Pumpspeicher). Der Großteil der Importe stammt aus Deutschland (59,1 %) und Tschechien (36,4 %), beides Länder mit einem hohen Anteil an Kohle- und Atomstrom.<sup>18</sup> Es gibt also auch hier großen Handlungsbedarf. Die Bundesregierung soll sicherstellen, dass Österreich europaweit zu einem Vorreiter beim Ausbau erneuerbarer Energie gehört. Dazu braucht es:

- Umsetzung des Ziels **100 % erneuerbare Energie 2030 im Strombereich zu erreichen (bilanziell)**. Ein neues Ökostromgesetz soll Ausbaupfade für jede Ökostrom-Technologie definieren und dabei Naturschutzkriterien berücksichtigen.
- Bevorzugung von Projekten, die mit **Bürgerbeteiligungsmodellen** errichtet werden
- **Ausstieg aus Kohleverstromung bis 2020**. Derzeit sind noch zwei Kohlekraftwerke in Betrieb und zwar Mellach (Verbund, vorr. Abschaltdatum 2018) und Dürnrohr (EVN, bisher verlautetes Abschaltdatum 2025).

## 7 Optimierung des Steuersystems für Investitionen in die Energiewende

Mit einem optimierten Steuersystem für Investitionen in die Energiewende kann es uns gelingen wichtige Investitionssignale zu setzen. Dafür müssen aber die richtigen Marktsignale ausgesendet werden.

- Ausarbeitung und Umsetzung von **Reformvorschlägen für alle umweltschädlichen Subventionen** in Österreich. Laut WIFO gibt es derzeit umweltkontraproduktive Förderungen im Ausmaß von 3,7 bis 4,8 Mrd. Euro pro Jahr.<sup>19</sup> Der größte Einzelposten ist in Österreich das Dieselprivileg, das allein im Jahr 2017 einen Steuerentfall von 700 Mio. Euro verursacht hat.<sup>20</sup>
- Mit einer **aufkommensneutralen Steuerstrukturreform** soll fossile Energie stärker belastet werden und die Einnahmen mit einem Ökobonus oder über die Entlastung des Faktors Arbeit rückvergütet werden. Eine Modellierung zeigt, dass eine Steuerstrukturreform mit einem Volumen von fünf Mrd. Euro, 17.400 neue Arbeitsplätze schaffen und die CO<sub>2</sub>-Emissionen um 3,6 Mio. Tonnen reduzieren würde.<sup>21</sup> Eine Win-Win-Situation für Österreich.
- Als Teil dieser Reform soll ein langfristiges steigendes **CO<sub>2</sub>-Preis-Signal** für Investitionssicherheit und Planbarkeit sorgen. Laut aktuellen Berechnungen des WIFO können mit einem CO<sub>2</sub>-Preis in Höhe von 120 Euro im Non-ETS-Bereich die CO<sub>2</sub>-Emissionen um sieben Prozent gesenkt werden.<sup>22</sup> Die Gelder sollen über einen Ökobonus und Steuersenkungen zurückverteilt werden. Durchdachte Konzepte für sinnvolle Reformen in Österreich liegen also vor und warten nur auf die Umsetzung.

---

17 Berechnung gemäß EU-Richtlinie Erneuerbare Energie 2009/28/EG

18 Vgl. BMLFUW (2017): Erneuerbare Energie in Zahlen, S. 18

19 Vgl. WIFO (2016): Subventionen und Steuern mit Umweltrelevanz in den Bereichen Energie und Verkehr

20 Vgl. VCÖ (2018): Dieseltreibstoff wurde im Vorjahr mit rund 700 Millionen Euro steuerlich begünstigt

21 Vgl. GWS (2015): Eine ökologische und soziale Steuerreform für Österreich

22 Vgl. WIFO (2018): Treibhausgasemissionstrends erfordern ambitionierte Politik. Presseinformation 16.1.2018

## 8 Energie sparsam einsetzen

Die Senkung des Energieverbrauchs ist der wichtigste Teil der Energiewende, auch wenn sie selten im Vordergrund steht. Nur wenn es gelingt, den Energieverbrauch schrittweise zu senken, reichen unsere regionalen, naturverträglichen Potenziale für erneuerbare Energiequellen aus, um den Bedarf zu decken.

- **Reform des Energieeffizienzgesetzes** und Bereinigung um unwirksame Maßnahmen
- **Vorbildwirkung der öffentlichen Hand** und dabei insbesondere im Bereich Mobilität auf öffentlichen Verkehr umstellen bzw. die Anschaffung von Dienstwagen, das Beschaffungswesen und Gebäudeeffizienz nach ökologischen Kriterien ausrichten
- **Hebung aller Effizienzpotenziale** durch nachhaltige Mobilität, die Modernisierung des Gebäudebestands und die Optimierung des Steuersystems (siehe Details oben)
- **Bewusstseinsbildung in Bevölkerung und Unternehmen** und Forcierung der Umweltbildung.

## 9 Energiewende-Roadmaps für Industrie und Gewerbe

Die Industrie (in und außerhalb des Emissionshandels) ist für etwa ein Drittel der Treibhausgasemissionen Österreichs verantwortlich.<sup>23</sup> Eine Klima- und Energiestrategie muss auch für diesen Bereich Lösungen bieten, die zu einer langfristigen Dekarbonisierung führen.

- Für alle **Industriezweige sollen Dekarbonisierungs-Roadmaps** gemeinsam mit den BelegschaftsvertreterInnen erstellt werden, mit technischen Umsetzungsplänen und Zeitplänen zur Umsetzung.
- Unternehmen, die im **öffentlichen Besitz** oder Teilbesitz sind, sollen als **Vorbilder** vorangehen und ihre Klimaschutzpläne vorlegen (zB OMV)
- **Industrielle Abwärmenutzung** soll forciert werden, zum Beispiel für Nah- und Fernwärmeproduktion. Derzeit entstehen große Mengen an Abwärme bei Industrieprozessen, die nicht genutzt werden, was ein hohes Maß an Energieverschwendung bedeutet. Gleichzeitig laufen immer noch überwiegend fossile Kraftwerke für die Fernwärmeproduktion.
- Die **Energieabgabenrückvergütung für energieintensive Industrie** (ca. 450 Mio. Euro pro Jahr<sup>24</sup>) soll an Leistungsnachweise zur Steigerung der Energieeffizienz, Investitionen in erneuerbare Energien oder die Erforschung von Break-Through-Technologies geknüpft werden.
- **Stärkung der Forschung** in den Bereichen Energie, Mobilität und Raumwärme, damit österreichische Unternehmen mit Innovationen am Weltmarkt punkten können und ihre Wettbewerbsfähigkeit gefestigt wird. Gleichzeitig soll die Grundlagenforschung gestärkt werden um z.B. „Break through“-Technologien in den Branchen voranzutreiben, wo große technologische Umstellungen notwendig sind.

Jänner, 2018

Rückfragehinweis:

<sup>23</sup> Vgl. UBA (2018). Treibhausgas-Bilanz 2016. Datenstand Jänner 2018

<sup>24</sup> Vgl. WIFO (2016): Subventionen und Steuern mit Umweltrelevanz in den Bereichen Energie und Verkehr

Johannes Wahlmüller  
Klima- und Energiesprecher  
mail: [johannes.wahlmueller@global2000.at](mailto:johannes.wahlmueller@global2000.at)  
tel.: 01 812 57 30-41  
mobil: 0699 14 2000 41